



## Verbot von digitalen Werbetafeln in Zürich

# Der Stadt entgehen Millionen an leicht verdientem Geld

ISABEL HEUSSER

Keine Kilowattstunde zu klein, eine Energiesparmöglichkeit zu sein: Getreu diesem Motto betreiben die Linken in der Stadt Zürich Klimapolitik. Am liebsten mit Verboten unter dem Deckmäntelchen der Netto-Null-Strategie, die für Ärger sorgen und den Umweltschutz kaum voranbringen.

Jüngstes Beispiel: Am Mittwoch hat die rot-grüne Mehrheit im Parlament beschlossen, dass der Stadtrat digitalen Werbetafeln auf öffentlichem Grund den Stecker ziehen soll. Deren Betrieb sei eine «sinnlose Energieverschwendung», so die Begründung. Auf dem Weg zu einem klimaneutralen Zürich müsse die Stadt «in allen möglichen Bereichen» direkte und indirekte Emissionen reduzieren.

Wie viel Energie diese Werbetafeln effektiv brauchen, konnten auch die Linken nicht beziffern. Klar ist: Die eingesparten Kilowattstunden stehen in keinem Verhältnis zum Schaden, der der Stadt entsteht. Muss sie die Screens tatsächlich abstellen, entgehen ihr jährlich Millionen von Franken an leicht verdientem Geld, ohne dass etwas zur Rettung des Planeten beigetragen wird. Der Vorstoss ist genauso sinnlos wie das Verbot von Flugshows am Züri-Fäscht.

Für die Stadt sind digitale Werbescreens ein gutes Geschäft. Der Hochbauvorsteher André Odermatt (SP) rechnete im Stadtparlament vor, dass sie 50-mal so viel einbringen wie eine analoge Plakatwand. Deshalb rüsteten die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) rund 250 ihrer total 1200 Werbeflächen um. Die Einnahmen daraus sollten der Stadt bis zum Jahr 2028 100 Millionen Franken in die Kasse spülen. Nun aber muss der Stadtrat prüfen, wie die bereits installierten Anlagen «zum frühestmöglichen Zeitpunkt» abgebaut und «ökologisch» entsorgt werden können.

Den Verkehrsbetrieben entgeht so eine lukrative Einnahmequelle. Fällt sie weg, müssen die VBZ laut Odermatt entweder Sparmassnahmen ergreifen, oder die fehlenden Einnahmen werden mit Steuergeldern beglichen. Das Verbot schadet also ausgerechnet dem umweltfreundlichen öV, den die Linken eigentlich ausbauen und stärken wollen.

Um Klimaschutz geht es ihnen mit dem Screenverbot sowieso nur am Rande. Im Vorstoss haben SP, Grüne und AL festgehalten, dass die abgebauten

Bildschirme nicht durch reguläre Werbetafeln ersetzt werden dürfen. Denn die Parteien sehen die «Kommerzialisierung des öffentlichen Raums» als ernsthafte Gefahr für die Bevölkerung. Der Abbau der Werbetafeln soll dazu beitragen, dass Zürcherinnen und Zürcher weniger konsumieren. Weil Konsum schädlich ist und Werbung – insbesondere von Grosskonzernen! – böse. Eine SP-Parlamentarierin bezeichnete die Anlagen als «aufmerksamkeits-

Wie viel Energie diese Werbetafeln effektiv brauchen, konnten auch die Linken nicht beziffern.

psychologisch besonders invasiv». Wenn Rot-Grün ernsthaft davon ausgeht, dass die Stadtbevölkerung weniger einkauft, weil ein paar Werbetafeln fehlen, dann ist das bevormundend und schlicht weltfremd.

Nun ist es nicht so, dass digitale Werbetafeln in Zürich unkontrolliert wuchern und beschauliche Wohnquartiere verschandeln. Im Gegenteil. Sie stehen vor allem in stark frequentierten Gebieten – in Einkaufsstrassen, an Haltestellen, auf Quartierplätzen. Wo ohnehin viel los ist, fällt ein leuchtender Screen kaum auf, geschweige denn stört er. Und die Auflagen der Stadt für digitale Werbetafeln sind streng. Gesuchsteller müssen ein Betriebskonzept vorlegen. Die Screens dürfen den Verkehr nicht beeinträchtigen, der Helligkeitsgrad muss der Umgebung angepasst werden, und zwischen 22 und 6 Uhr dürfen die Tafeln in der Regel nicht leuchten. Will heissen: Die Screens fügen sich ziemlich gut in die Umgebung ein.

Es ist naiv zu glauben, dass mit dem kleinlichen Verbot der Linken weniger Werbung auf Stadtgebiet geschaltet wird. Tatsächlich dürfte sie sich einfach auf Privatgrund verlagern. Dorthin also, wo die Stadt nichts verdient und die Plakatierung weniger stark reguliert ist. Für Werbekunden mag das sogar attraktiv sein. Im Endeffekt können sich private Anbieter ins Fäustchen lachen. Die städtischen Steuerzahler bleiben die Gelackmeierten.